

**Leitantrag
zur Bundesschülertagung
2018 in Münster**

SU

**Politische Bildung – politische
Bindung**

Forderungen für ein Bildungssystem, das den politischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird.

Inhaltsverzeichnis

- I. Präambel - Betrachten der Wirklichkeit
- II. Politisches Engagement aufzeigen und fördern –
Beteiligung demokratisieren
- III. Einbindung der Jugendorganisationen aller politischen Parteien in den Politikunterricht im Sinne der politischen Meinungsbildung
- IV. Ausweitung des Leitfaches für politische Bildung
- V. Verpflichtendes Singen der National- und Europahymne
- VI. Antisemitischem Mobbing entgegentreten und Bewusstsein stärken
- VII. Deutsch-Israelische Freundschaft stärken –
Schüleraustausch attraktiver gestalten

I. Präambel: Betrachten der Wirklichkeit

Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Diese Realität gilt auch für die rückläufigen Mitgliedszahlen der Parteien - insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Immer weniger Jugendliche und junge Erwachsene sind bereit sich zu engagieren. Vor dem Hintergrund erstarkender Populisten und steigender Politikverdrossenheit trifft das insbesondere die Volksparteien. Längst wurde deren Ende propagiert. Ein Szenario, das, sofern es eintritt, für unsere Zukunft und die Demokratie in diesem Lande, eine immense Gefahr darstellt. Es ist an uns, der jungen Generation, sich für die Demokratie stark zu machen und den Gedanken des politischen Engagements in die Welt hinauszutragen.

Eine zweite Entwicklung, die sich in der jüngsten Vergangenheit abgezeichnet hat, ist die Abkehr von Fakten, hin zu gefühlten Wahrheiten. Dieser Trend, der unter anderem durch die sozialen Medien entstanden ist, spielt Populisten in die Hände und gefährdet unsere Demokratie. Fakten und Inhalte sind das Fundament jeglichen politischen Dialoges. Ein gesellschaftlicher Diskurs ist perspektivlos, wenn man sich von allgemein anerkannten Fakten distanziert und andere pauschal der Lüge bezichtigt.

Diese Entwicklungen stellen Jugendliche und junge Erwachsene im 21. Jahrhundert vor Herausforderungen, auf die sie in der Schulzeit nicht ausreichend vorbereitet werden. Wenn wir dieser Wirklichkeit ins Auge schauen wollen, muss sich vor allem unser Bildungssystem nachhaltig ändern.

II. Politisches Engagement aufzeigen und fördern – Beteiligung demokratisieren

Während in Deutschland flächendeckend an allen Schulen politische Bildung in Form von Gemeinschafts- oder Sozialkundeunterricht, sowie fächerübergreifend die Auseinandersetzung mit politiknahen Themen stattfindet, stehen dem ein seit Jahren eine sinkende Zahl an Mitgliedern in politischen Jugendorganisationen gegenüber. Angesichts der absehbaren Herausforderungen, genannt sei an dieser Stelle der demografische Wandel, die digitale Revolution sowie die Belastung in Form von Staatsschulden, darf uns das nicht egal sein. Wenn wir eine Politik im Sinne unserer Generation künftig gestalten möchten, muss dies auch von uns selbst ausgehen.

Politische Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen

Wir fordern, dass in den Schulen nicht nur über, sondern auch mit Politik und gerade mit jungen engagierten Interessenvertretern gesprochen wird. Dazu zählen auch und insbesondere politische Jugendorganisationen. In einer Parteiendemokratie müssen diese

45 selbstverständlicher Ansprechpartner sein, um kommunal, in der Landespolitik oder
46 bundespolitisch Verantwortung wahrzunehmen. Gleichzeitig ist das Risiko, Jugendliche im
47 Deckmantel parteipolitischer Jugendorganisationen mit unserer freiheitlich-
48 demokratischen Grundordnung entgegengesetzten Inhalten unkritisch zu konfrontieren,
49 nicht hoch genug einzuschätzen. Um dennoch einen vielseitigen Dialog zu ermöglichen,
50 sehen wir hier den Ring politischer Jugendorganisationen (RPJ) in der Pflicht.
51 Unabdingbare Voraussetzung sollte allerdings ein klares Bekenntnis der im RPJ
52 vertretenen Organisationen zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sein.
53 Einige Landesverbände enthalten aber die Linksjugend Solid bzw. die
54 JungdemokratInnen/Junge Linke (JD/JL). Diese erfüllen die Bedingung nicht und müssen
55 deshalb ausgeschlossen werden. Der RPJ muss als klarer (Ansprech-)Partner für Schulen
56 und sonstige Bildungseinrichtungen fungieren. Mitglieder der im RPJ vertretenen
57 Jugendorganisationen müssen gemeinsam die Möglichkeit erhalten,
58 sich - bei gleichen Voraussetzungen - im Rahmen des politikwissenschaftlichen Unterrichts
59 an den Schulen vorzustellen.

60

61 **Beteiligung demokratisieren**

62 Die derzeitigen Beteiligungsformen, insbesondere auf kommunaler oder schulischer
63 Ebene, sind im schlechtesten Fall überhaupt nicht vorhanden oder zumeist überaus
64 intransparent organisiert. Wer Jugendliche für politisches Engagement begeistern
65 möchte, darf ihnen keine unnötigen Hürden entgegensetzen. Wir fordern, dass an allen
66 Schulen Deutschlands die Schülersprecher zwingend von allen Schülern direkt gewählt
67 werden. Dies schafft nicht nur eine breitere Legitimation, sondern lässt Schüler auch
68 unmittelbar den demokratischen Prozess miterleben. Selbiges gilt für die
69 Landesschülervertretungen, Landesschülerräte und kommunale Jugendräte. Wer sich
70 auf eine direkte Legitimation durch seine Interessengruppe berufen kann, wird auch bei
71 Entscheidungsträgern auf eine höhere Akzeptanz stoßen. Dies sorgt für einen Wettstreit
72 um die besten Ideen an der Basis der zu vertretenden Jugendlichen. Darüber hinaus
73 setzen wir uns für offene Themenforen in Schulen, im Rahmen der SMV-Arbeit sowie
74 kommunale Diskussionsplattformen, für sämtliche Schüler ein.

75

76 **III. Einbindung der Jugendorganisationen aller politischen Parteien** 77 **in den Politikunterricht im Sinne der politischen Meinungsbildung**

78 Die Jugendorganisationen der politischen Parteien sind wichtige Institutionen für Schüler
79 und junge Menschen, um ihre Interessen zu vertreten. Zum aktuellen Zeitpunkt werden sie
80 im Politikunterricht allerdings kaum berücksichtigt. Bislang befasst sich der
81 Politikunterricht hauptsächlich mit der Vermittlung von Kenntnissen über die Institutionen
82 des politischen Systems und den Arten der Partizipation am politischen Prozess in der
83 Demokratie. Dabei wird einerseits das Wahlsystem berücksichtigt, andererseits sollen
84 Schüler auch lernen, dass sie Politik aktiv mitgestalten können.

85 Da die Schüler gerade im Jugendalter dabei sind, sich ihre eigene Meinung zu bilden und
86 sich zu bestimmten Themen zu positionieren, ist es wichtig ihnen zu zeigen, wo und wie
87 vielfältig sie ihre Interessen vertreten können, indem man auch über die politische Arbeit

88 der Jugendorganisationen sachlich und kritisch informiert. Informationen über politische
89 Jugendorganisationen sind bereits im Rahmen der Parteienkunde in geringer Intensität
90 Bestandteil des Politikunterrichts, dies oftmals jedoch erst in der Oberstufe, in welcher
91 viele Schüler aus verschiedenen Gründen den Politikunterricht bereits ausgewählt
92 haben. Auch weil der politikwissenschaftliche Unterricht schnell ausgewählt werden
93 kann, soll schon in der Sekundarstufe I über Extremismus, politische Parteien und deren
94 Jugendorganisationen informiert werden.

95 Ziel soll es sein, Schüler und Jugendliche für politisches Handeln zu begeistern. Wichtig ist
96 dabei, dass Unterricht auch methodisch jugendnah gestaltet wird, um den Schülern die
97 Lebendigkeit von Demokratie aufzuzeigen. Gleichmaßen sollen sie auch in der Zukunft
98 für Demokratie begeistert werden, damit sie ihre Interessen vertreten und die Zukunft aktiv
99 mitgestalten können.

100

101 Die Schüler Union Deutschlands fordert:

102

- 103 • In allen Lehrplänen der Länder soll im Leitfach für politische Bildung die
104 Auseinandersetzung mit politischen Jugendorganisationen festgeschrieben
105 werden. Dabei einbezogen werden sollen die Jugendorganisationen aller im
106 Bundestag und in den jeweiligen Landtagen vertretenen Parteien.
- 107 • Durch Planspiele soll der intensive Diskurs und die Internalisierung von Themen im
108 Unterricht ermöglicht und nachhaltig gefördert werden.
- 109 • Die Aufklärung über Extremismus jedweder Couleur soll fester Bestandteil des
110 Unterrichts schon ab der Sekundarstufe I werden und ist für die Aufklärung über
111 politische Parteien und Gruppierungen unabdingbar.

112 **IV. Ausweitung des Unterrichtsfaches Politikwissenschaften**

113 Politik ist ein Thema, das jeden angeht,- jung und alt, groß und klein. Allein durch Wahlen
114 wird jeder mit Politik in Berührung kommen. Ob Kommunal-, Landtags- oder
115 Bundestagswahlen - früher oder später ist jeder deutsche Staatsbürger dazu aufgefordert
116 seine Stimme abzugeben!
117

118 Der Schüler Union Deutschlands ist es ein sehr großes Anliegen, dass Schüler schon
119 frühzeitig auch und vor allem in der Schule auf Wahlen vorbereitet werden und ihnen das
120 politische System der Bundesrepublik Deutschland nahegebracht wird. In allen 16 Ländern
121 variiert der Lehrplan für die Politikwissenschaften bis hin zur Bezeichnung des Faches
122 selbst. Eine jährliche Studie zeigt auch, in welchen Ländern die politische Bildung
123 ausgesprochen gut funktioniert und in welchen in dem Fach Politikwissenschaft noch
124 große Defizite herrschen. So war der Anteil des Leitfaches für politische Bildung an der
125 Stundentafel im Jahr 2017 in Bayern am niedrigsten und in Hessen am höchsten
126 (STATISTA, Ranking politische Bildung 2017).

127 In vielen Ländern wurde in den letzten Jahren das Wahlalter für Landtags- und/oder
128 Kommunalwahlen auf 16 abgesenkt. Dabei haben Schüler einiger unterschiedlicher
129 Länder in diesem Alter noch keine einzige Stunde im Leitfach für politische Bildung gehabt,
130 in anderen Ländern ist dies ab Klasse sieben oder acht üblich. Die Schüler Union

131 Deutschlands setzt sich für eine gleichwertige Ausbildung im Bereich der politischen
132 Bildung in allen Bundesländern Deutschlands ein. Wenn Schüler oder Jugendliche mit 18
133 Jahren erstmals auch auf Bundes- und Europaebene wählen dürfen, soll in allen Ländern der
134 gleiche Standard gelehrt werden.

135 Die Demokratie, die Volksherrschaft, lebt nur von Demokraten. Junge Menschen sollen zu
136 Demokraten erzogen werden und ihnen soll der Sinn einer Demokratie nahegebracht
137 werden, denn ohne die Mitbestimmung und den Akt der Stimmabgabe kann das System der
138 Demokratie nicht bestehen.
139

140 Die Schüler Union Deutschlands fordert:
141

- 142 • Politische Bildung muss fester Bestandteil in den Stundenplänen der Deutschen
143 Schüler sein. Es darf in keinem Land nur fakultativ angeboten werden und soll ab der
144 achten Klasse in allen Ländern bis zur zehnten Klasse verpflichtend sein. Die
145 Ausgestaltung des Lehrplans und der Rahmenstundentafel obliegen den Ländern.
- 146 • Die Schule soll als neutrale Informationsquelle umfassendes Allgemeinwissen über
147 das politische System der Bundesrepublik Deutschlands und Wahlsysteme
148 vermitteln. Schüler sollen bestmöglich auf ihre Rolle als Wähler vorbereitet und
149 mit Rollennormen und -pflichten vertraut gemacht werden. Grundkenntnisse
150 über Parteien sollen neutral vermittelt werden.
- 151 • Politik soll in allen Ländern zum eigenständigen Fach - gelöst von Geschichte,
152 Wirtschaft, Recht und Geographie - gestaltet werden.

153

154 **V. Verpflichtendes Singen der National- und Europahymne** 155

156 Immer wieder stellen wir als Schüler Union fest, dass Mitschüler das „Lied der Deutschen“
157 nicht mehr beherrschen. Gleichzeitig kommt es auch immer häufiger vor, dass dies im
158 Musikunterricht überhaupt nicht gelehrt wird. Auch die „Ode an die Freude“ bleibt dem
159 Unterricht nahezu fern. In Zeiten des schwindenden Patriotismus und der zunehmend
160 negativen Konnotation des Begriffes ist es uns als Schüler Union Deutschlands wichtig,
161 diese Konnotation zu drehen. Wir stehen für gelebte Vaterlandsliebe und für die Symbole
162 unseres Landes ein, zu denen auch National- und Europahymne gehören.
163

164 Die Schüler Union Deutschlands fordert:
165

- 166 • Eine vertiefte Auseinandersetzung mit Text, Symbolik und Geschichte der deutschen
167 und europäischen Hymne im Rahmen des Unterrichts.
- 168 • Das Singen der Nationalhymne bei allen feierlichen Schulveranstaltungen, wie z.B. der
169 Einschulung und der Abiturverleihung.
170
171
172
173
174

175

176

VI. Antisemitischem Mobbing entgegenzutreten und Bewusstsein stärken

177

178

Die Schüler Union Deutschlands steht für eine friedliche Schule, in der sich alle Schüler unabhängig von Religion und kultureller Herkunft wohlfühlen. Nur eine gute Lernatmosphäre kann gute Bildung garantieren. Schockierende Fälle, die in der letzten Zeit publik geworden sind, verdeutlichen jedoch: Auch heute noch kommt es im Alltag bereits an Schulen oder in der Freizeit von Kindern zu antisemitischem Mobbing. Der Bildungsauftrag, dem unsere Schulen nachgehen, beschränkt sich nicht nur darauf, stur Wissen zu vermitteln. Zum Aufgabenfeld der Schule gehört, wenn auch nur in gemäßigter Form, auch das Vermitteln von Werten und Normen an Jugendliche, um sie zu verantwortungsbewussten Persönlichkeiten zu erziehen. Diese Ausbildung entscheidet maßgeblich mit, wie unsere zukünftige Gesellschaft aussehen wird.

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

Gerade in unruhigen Zeiten gilt es einmal mehr, sich auf das zu berufen und das zu stärken, was das Fundament unseres friedlichen Zusammenlebens bildet – die Grundrechte. Dieses lassen keinen Raum für jüdenfeindliches Handeln.

190

191

192

193

Dass Kinder in der Schule aufgrund ihres Glaubens Angst haben, ausgeschlossen und eingeeignet zu werden, nicht akzeptiert zu werden, sich fürchten müssen und sogar psychischen Schaden davontragen, ist für uns absolut inakzeptabel. Solche Vorfälle sind unter keinen Umständen tolerierbar; der Ursprung ebendieser muss an seiner Wurzel gepackt und jeder Grundlage entzogen werden. Antisemitismus auf dem Schulhof muss einerseits mit null Toleranz begegnet werden, andererseits muss auf Prävention und Aufklärung gesetzt werden, um ein solches Verhalten gar nicht erst auszubilden.

194

195

196

197

198

199

200

Eine wirkliche Auseinandersetzung, ein Hauch von Verständnis, kann an eigentlichen Orten des Schreckens besser und eindringlicher stattfinden als im Klassenzimmer. Deswegen fordern wir den Besuch von KZ-Gedenkstätten für Schüler ab der neunten Klasse verpflichtend einzuführen, um die Erinnerungskultur zu stärken und antisemitischen Tendenzen den Kampf anzusagen.

201

202

203

204

205

Selbstverständlich können solche Exkursionen nicht den klassischen Unterricht ersetzen.

206

Sie erfordern eine detaillierte Vor- und Nachbereitung in der Schule durch die zuständige Lehrkraft, auch um zu jedem Zeitpunkt die Würde und den Respekt vor der Gedenkstätte zu gewährleisten.

207

208

209

210

Demokratische Grundwerte und verantwortungsbewusstes Handeln müssen bereits früh gelehrt und manifestiert werden, um sie zu verinnerlichen und zu leben. Der Schule kommt an der Stelle eine besondere Rolle zu. Sie müssen aufzeigen, wozu Antisemitismus, Autokratien und Abgrenzung führen. An dieser Stelle kann der Besuch einer KZ-Gedenkstätte ansetzen und hilfreich sein.

211

212

213

214

215

216

Das Ziel muss sein, neben politischer Bildung, Jugendliche bereits früh zu sensibilisieren, um die Weichen für religiöses und kulturelles Mobbing jeglicher Art gar nicht zu stellen.

217

218

219

220

221 Die Schüler Union Deutschlands fordert:

222

- 223 • Die Einführung verbindlicher Besuche von KZ-Gedenkstätten ab der neunten Klasse
- 224 • Eine intensive Vor- und Nachbereitung der Besuche
- 225 • Eine umfangreiche Antisemitismus-Prävention im Rahmen des Ethikunterrichtes oder
- 226 vergleichbaren Unterrichtsfächern

227

228

229 **VII. Deutsch-Israelische Freundschaft stärken – Schüleraustausch Attraktiver**

230 **gestalten**

231

232 Deutschland und Israel verbindet aufgrund ihrer gemeinsamen Geschichte ein besonderes
233 Verhältnis. Seit der Gründung des Staates Israel verbindet das deutsche und das jüdische Volk
234 ein besonderes und später zunehmend freundschaftliches Verhältnis. Dies zeigt sich z.B. durch
235 eine enge geheimdienstliche Zusammenarbeit der beiden Staaten und durch ein häufiges
236 freundschaftliches, gemeinsames Auftreten auf der internationalen Bühne. Auch eine enge
237 Zusammenarbeit auf militärischer Ebene, vor allem auf dem Gebiet der Rüstungstechnologie,
238 verbindet heute die Staaten Deutschland und Israel. Doch auch dunklere Abschnitte der
239 gemeinsamen Geschichte des deutschen und des israelischen Staatsvolkes, insbesondere die
240 Zeit des Nationalsozialismus und die unmittelbar mit ihr verbundene Shoah, gestalten die
241 besondere Verbindung der beiden Staaten und Völker.

242

243 Die Schüler Union Deutschlands bekennt sich zum unbedingten Existenzrecht des israelischen
244 Staates sowohl als Heimit von Juden aller Kulturen und Nationen aufgrund seiner Geschichte,
245 als auch als einziger freiheitlich-demokratisch organisierter Staat, der Levante und des nahen
246 Ostens. Vor allem in Zeiten des vermehrten Aufkommens antizionistischer und
247 antisemitischer Organisationen wie BDS sowohl am linken, als auch am rechten und
248 islamistischen Rand des politischen Spektrums gilt es, die Verständigung zwischen
249 Mitgliedern der Zivilbevölkerung Deutschlands und Israels schon im jungen Alter zu stärken
250 und ihnen Kontakt miteinander zu ermöglichen. Eine Realisierung dieses Vorhabens ist
251 unter anderem durch eine Förderung der Durchführung von Schüleraustauschprogrammen
252 durch den deutschen und den israelischen Staat möglich, bei denen Schüler aus beiden
253 Ländern reale Kontakte mit Schülern aus dem jeweils anderen Land knüpfen und etwas über
254 die dortigen Sichtweisen, Traditionen und Menschen lernen. Deshalb sollen Bund und Länder
255 Projekte v.a. finanziell stärker fördern, die die Schüleraustauschprojekte zwischen
256 deutschen und israelischen Schulen organisieren. Die Form und Höhe dieser zusätzlichen
257 Unterstützung soll von den zuständigen Ministerien und Behörden elaboriert werden,
258 wichtig ist dabei jedoch vor allem, dass für Schulen und andere Anbieter von
259 Schüleraustauschprogrammen ein stärkerer Anreiz geschaffen wird, Projekte zum
260 Schüleraustausch zwischen den beiden Ländern durchzuführen.

261

262

263 Die Schüler Union Deutschlands fordert:

264

- 265 • Eine verstärkte finanzielle Förderung von Schulen und Organisationen, die
266 Schüleraustauschprogramme zwischen deutschen und israelischen Schulen
267 organisieren

- 268 • Die Erarbeitung und Durchführung weiterer Möglichkeiten durch die zuständigen
269 Ministerien und Behörden, Schüleraustauschprogramme zwischen deutschen und
270 israelischen Schulen für Schüler und Schulen attraktiver zu gestalten.